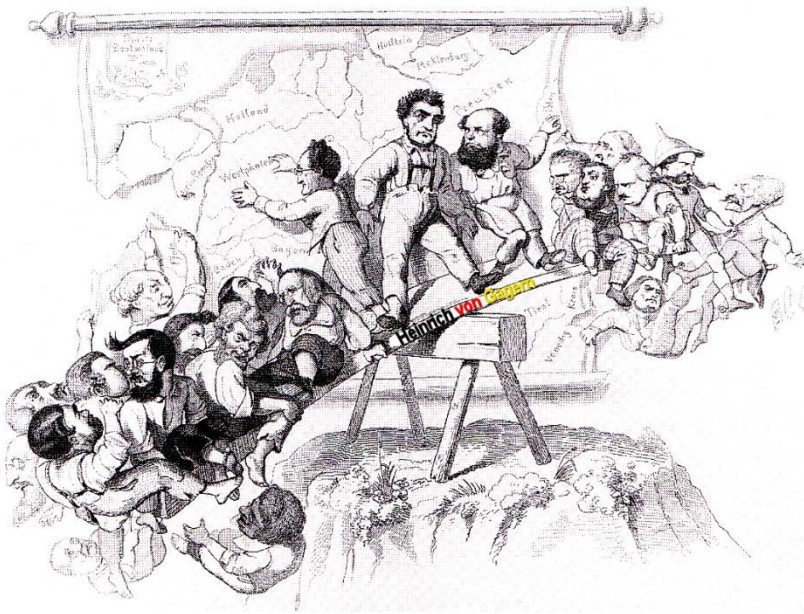


Die Parlamentsschaukel



„Fraktionskämpfe auf der Parlamentsschaukel“ (um 1848)

„Die Parlamentsschaukel“ gibt zunächst zuerst einmal den Eindruck, den Namen nach, dass es sich hier um ein Parlament im weitesten Sinne handelt. Der Kleidung der Parlamentarier zu urteilen handelt es sich um ein Parlament aus dem 19. Jahrhundert. Der Parlamentspräsident versucht hoch aufgerichtet auf der Mitte der Schaukel eine politische und parlamentarische Ordnung gegen die linke und rechte Seite der Parlamentarier (Abgeordnete) herzustellen. Da die Parlamentsschaukel sehr im

schwanken ist. Die Interessen der einzelnen Abgeordneten und der einzelnen Gruppierungen waren sehr unterschiedlich und gaben Grund zu Streitereien. Seine Vizepräsidenten neben ihm, versuchten Standhaft zu sein und den Parlamentspräsidenten bei der Lösung der Aufgabe zu helfen, sie klammern sich an der Landkarte wo die Länder des Deutschen Bundes aufgeführt sind fest. Einer versucht es am Land Westphalen welches 1815 eine preußische Provinz wurde, der zweite Vizepräsident klammert sich an Preußen fest. Es besteht die Gefahr durch einen gewaltigen Ruck der rechten oder linken Abgeordneten von der Parlamentsschaukel zu fallen. In diesem Falle wäre der Sieg der rechten oder linken Abgeordneten sicher, da niemand in der Mitte für die richtige Waage der Parlamentsschaukel hätte garantieren können.

Die Parlamentsschaukel steht auf dem Gipfel eines Berges damit auch ein jeder weiß, dass das Parlament die höchste Instanz eines demokratischen Staates ist. Es ist jedoch sehr schwierig in dieser Höhe einen gerechten Ausgleich der Wippe zu schaffen, da die Abgeordneten je nach Partei unterschiedliche Meinungen haben. Außerdem besteht ein Unterschied in der Besetzung der Schaukel. Eine Partei hat mehr die andere weniger Abgeordnete. Das Parlament hatte zwar noch keine politischen Parteien, aber die Abgeordneten mit der gleichen politischen Meinung schlossen sich zu Gruppen oder Clubs zusammen und traten später als Fraktion im Parlament auf. Das Übergewicht an Abgeordneten entscheidet hier sogar wer oben ist und wer unten ist. Die Mitte jedoch soll versuchen den Ausgleich zu schaffen und die Wippe im Gleichgewicht zu halten. Auf dem rechten und ebenfalls auf den linken Sitz der Schaukel fallen einige Abgeordnete von ihrem Sitz, da sie sich nicht in ihrer Partei festigen können bzw. wollen. Sie wollen ihre eigenen politischen Ideen verwirklicht wissen und organisieren sich zu rechten und linken Parteien. Es bilden sich im Parlament ca. 200 rechte und 235 linke Abgeordnete in den entsprechenden Fraktionen. Diese werden von ihren Mit-Abgeordneten nicht gehalten und einfach fallen gelassen, da die Loyalität und Haltung dieser Abgeordneten ihren Kollegen gegenüber nicht einwandfrei ist und sehr zu wünschen lässt.

Man kann davon ausgehen das der Autor mit dieser Parlamentsschaukel in der Karikatur die Frankfurter Nationalversammlung darstellt. Die Karikatur wirbt für „die vernünftige Mitte“ und den politischen Kompromiss. Weiterhin ist zu sagen, dass sie Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung zeigt, die je nach ihrem politischen Standort links oder rechts gruppiert, wild auf einer Wippe balanciert.

Anfang Mai 1848 fanden in allen Staaten des deutschen Bundes Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung statt. Die Wahl der Abgeordneten erfolgte nach dem Grundsetzen der Persönlichkeitswahl, d.h. sie war frei, gleich, unmittelbar und geheim. Am 18. Mai 1848 zogen die gewählten Abgeordneten in die Paulskirche in Frankfurt am Main, welche als Tagungsort ausgesucht war, ein. Die Nationalversammlung wurde feierlich eröffnet.

Bei der Frankfurter Nationalversammlung handelt es sich also um eine Versammlung frei gewählter Volksvertreter der Staaten des deutschen Bundes zur Ausarbeitung einer Verfassung. Die Versammlung trat am 18.5.1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammen. Bei diesen Volksvertretern handelte es sich überwiegend um Gelehrte und Intellektuelle. Die Berufsgruppen setzten sich wie folgt zusammen: Bibliothekare, Verleger und Buchhändler, Schriftsteller, Ärzte, Geistliche, Rechtsanwälte, Professoren und Lehrer und sonstige Akademiker. Zu diesen Intelligenzberufen zählten 357 Mitglieder. Die zweite Gruppierung sind Beamte und im Staatsdienst Tätige zu den gehören 312 Personen. Und zwar: Diplomaten, Offiziere, Bürgermeister, Mittlere Beamte, Rechts- und Staatsanwälte und höhere Verwaltungsbeamte. Desweiteren besaß die dritte Gruppe die der Unternehmerischen Berufe 100 Anhänger. Zu diesen gehörten: Handwerker, Fabrikanten, Kaufleute, Gutsbesitzer und Bauern. Die letzte Gruppierung stellte 45 Mitglieder aus verschiedenen Berufen.

Das moderne Parteienwesen in Deutschland ist eng mit der Geschichte der Nationalversammlung verbunden. Abgeordneter gleicher oder ähnlicher Gesinnung bildeten bald Partei-Fraktionen mit unterschiedlichen politischen Zielen. Die Versammlungen der verschiedenen Fraktionen fanden in Frankfurter Gaststätten statt.

Es handelt sich um folgende Parteien mit ihren Programmen:

- extreme Linke (in Donnersberg), Ziel: Republik, absolute Gleichheit, Gewaltbereit;
- gemäßigte Linke (Deutscher Hof), Ziel: Republik, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht, Ablehnung von Gewalt;
- linkes Zentrum (Württembergischer Hof), Ziel: Parlamentarische Monarchie, starke Volkvertretung, Bundesstaatliche Verfassung;
- rechtes Zentrum (Casino), Ziel: Zensuswahlrecht, Übereinkunft mit den Fürsten, Konstitutionelle Monarchie;
- Rechte (Café Milani), Ziel: Erhaltung der Fürstenmacht, keine Parlamentskontrolle der Regierung, Fürstliche Einzelstaaten.

Diese Nationalversammlung erstrebte eine demokratische deutsche Reichsverfassung. Man beriet darüber wie ein deutscher Nationalstaat mit liberaler Verfassung zu verwirklichen sei. Sie scheiterte jedoch an den Parteienkämpfen zwischen den „Großdeutschen“ und den „Kleindeutschen“. Der Nationalismus überwiegt jedoch durch liberale Ideen und eine monarchische Einigung unter Erzherzog Johann von Österreich wird angestrebt. Der Plan scheitert am Widerstand Österreichs gegen die „Kleindeutsche“ Lösung. Hierbei ging es im wesentlichen um die Frage eines „Großdeutschen“ und „Kleindeutschen“ Reiches. Es ging darum wie groß ein deutscher Nationalstaat werden sollte. Sollte etwa das Kaiserreich Österreich mit seinen vielen nicht deutschen Völkern zu Deutschland gehören oder nicht? Die „Großdeutschen“ wollten Österreich als Gesamtstaat belassen. Die „Kleindeutschen“ dagegen wollten einen Gesamtstaat

ohne Österreich. Man wollte Preußen als neue Führungsmacht. Bei der Abstimmung siegten die „Kleindeutschen“. Entsprechend nach sozialen Schichten besaßen die bürgerlich Liberalen im Parlament eine große Mehrheit. Die radikaleren Demokraten waren im Vergleich zu vorherigen Versammlungen verhältnismäßig gering beteiligt. Es gab unterschiedliche Zielsetzungen in der Nationalversammlung der einzelnen Abgeordneten und der verschiedenen Gruppierungen. Es ging um die Staatsform Monarchie, Republik, Einheits- oder Bundesstaats. Die Demokraten wünschten sich eine Republik, wurden jedoch von der Mehrheit der Liberalen abgewiesen und die Republikaner kämpften um den unitaristischen Staat und gegen föderalistische Bestrebungen. Die gemäßigten Demokraten waren darin kompromissbereit. Die Liberalen traten für die nationale Einheit in Form eines Bundesstaates ein, die Volksvertretung sollte auf die Legislative beschränkt sein. Sie hielten monarchistische Zentralgewalt in Deutschland für notwendig. Die gemäßigten Konservativen wollten in der Verfassung möglichst viele monarchische und föderalistische erhalten wissen. Sie lehnten eine starke Zentralgewalt ab.

Bei der Frage nach dem Wahlrecht legte der demokratische Flügel der Paulskirchenversammlung Wert auf die Durchsetzung des gleichen Wahlrechts für alle Bürger. Die Liberalen wollten das Zensuswahlrecht bei dem das Recht auf Mitwirkung am Staat mit der Steuerleistung des Einzelnen verbunden sein sollte. Die Demokraten setzten sich mit den linken Liberalen bei dieser Frage schließlich durch.

Parlamentspräsident Heinrich von Gagern mit seinen Vertretern Alexander von Soison und Friedrich von Herrmann versuchten gegen das Ungestüm der rechten und linken einigermassen die Stimmung im Gleichgewicht zu halten. Viele Abgeordnete der Nationalversammlung waren fleißig und intellektuell befähigt, besaßen aber keinen Blick für die tatsächlich vorhandenen politischen Möglichkeiten. Die Abgeordneten misstrauten sich gegenseitig. Er ermahnte die Abgeordneten im Interesse der parlamentarischen Arbeit die gemeinsamen Interessen zu verfolgen und sich kompromissbereit zu zeigen. Durch die Unfähigkeit zum Kompromiss innerhalb der einzelnen Gruppierungen führte dies zur Bildung von neuen Gruppen. Es kam jedoch somit kein stabiles politisches Programm zustande. Durch die zahlreichen Schwächen des Parlaments war ein Scheitern vorprogrammiert. Die Versammlung war keine geschulte und nicht an altherkömmliche Disziplin gewöhnt. Sie lebte in einer fieberhaft bewegten Atmosphäre. Außerdem war sie in sich selbst tief gespalten. Aus diesem Grund standen sich die Abgeordneten feindlichst gegenüber. Es gab Ausbrüche des lauten Beifalls und Tadel. Eine große Anzahl von Mitgliedern der linken Ergingen sich im ungezogenen Benehmen gegen die Mehrheit und die Zuhörer, sei es aus Mangel an feiner Bildung oder sogar aus Absicht die Versammlung zu stören. Dieses geht aus einem Bericht des badischen Abgeordneten Robert von Mohl über die Sitzung der Nationalversammlung hervor.

Im Parlament begann man mit der Beratung über die Grundrechte des Deutschen Volkes am 21.12.1848. Es ging um die Gleichstellung aller deutscher Staatsbürger vor dem Gesetz und um die Freiheit des einzelnen Bürgers gegenüber dem Staat. Am 27. 12. 1848 wurden die Grundrechte von der Nationalversammlung verkündet und 1849 der Reichsverfassung angefügt.

Das Parlament beschloss am 3. 4. 1849 dem preußischen König die Kaiserkrone anzubieten. Der König jedoch lehnte ab, da er sich nicht vom Volk als Kaiser krönen lassen wollte. Die Frankfurter Nationalversammlung löste sich daraufhin auf.